



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Glyphosatverbot zeitnah umsetzen und fachlich begleiten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene zeitnah für ein Glyphosatverbot in Deutschland einzusetzen, welches deutlich vor der Fünfjahresfrist der EU liegt. Wissenschaft und landwirtschaftliche Fachberatung müssen schnell Konzepte zum Glyphosatausstieg in der Landwirtschaft entwickeln.

Begründung:

Die Massenanwendung von Glyphosat auf rund 40 Prozent der deutschen Ackerfläche und auf Privatgrundstücken wird für den Artenschwund mitverantwortlich gemacht, Glyphosat wird von Studien als möglicherweise krebserregend eingestuft, Rückstände tauchen immer wieder in Lebensmitteln, Lebewesen und in Gewässern auf. Die Landwirtschaft muss bei einem Glyphosatverbot im Hinblick auf veränderte Bewirtschaftungsstrategien bis hin zu Änderungen bei den Förderanträgen gezielt beraten werden. Auch bei Importen ist verstärkt auf Rückstände von Glyphosat und Begleitstoffen zu achten.